

Presseinformation

Nr. 477 / 2013

Kiel, Donnerstag, 31. Oktober 2013

Bildung / Unterrichtsausfall

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Anita Klahn: Viel zu wenig, viel zu spät

Zu den heute von Ministerin Wende vorgestellten Maßnahmen zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Es ist wirklich beeindruckend, was diese Koalition als Erfolg zu verkaufen versucht. Erst streicht sie 12 Mio. Euro aus dem Vertretungsfonds, dann erkennt sie, dass es vorne und hinten nicht langt, um den Unterrichtsausfall entgegenzuwirken, und nun feiert sie sich, dass sie den zuvor gekürzten Vertretungsfonds wieder aufstockt.

Auch die weiteren vorgestellten Maßnahmen sind große Augenwischerei. Die sogenannte ‚Vertretungsfeuerwehr‘ ändert gar nichts an der Situation und ist nur Symbolpolitik. Die dauerhafte Beschäftigung als Vertretungslehrer wird für Lehrkräfte nicht attraktiv sein. Das hat auch die Ministerin eingeräumt. Denn auch diese Lehrkräfte werden sich verständlicherweise schnellstmöglich auf ‚richtige‘ Stellen an Schulen bewerben. Aber auch praktisch muss man sich fragen, welche Fächerkombinationen diese Lehrer haben. Fachkräfte in Mangel-fächern wird es für diese Feuerwehr kaum geben. Welchen Wert hat es dann für die Schulen, wenn diese Feuerwehr da ist, aber sie nicht die Fächer unterrichtet, die gebraucht werden. Es hat schon einen guten Grund, warum mit dem Vertretungsfonds flexibel reagiert wird.

Auch wird keine einzige neue Lehrerstelle geschaffen. Lediglich 125 Lehrer, die vorher befristet angestellt waren, bekommen jetzt früher als bisher einen unbefristeten Vertrag. Das ist ohne Frage erfreulich für diese Lehrer. Wenn man aber bedenkt, dass über 1500 Lehrkräfte befristet angestellt sind, bleibt es nur Kosmetik.

Nicht neu ist auch die Maßnahme, dass pensionierte Lehrkräfte Vertretungsunterricht geben können. Die Hürden dafür wurden von FDP und CDU ausgeräumt. Hier schmückt sich die Ministerin also mit

fremden Federn. Aber immerhin hat sie mit dem Wort ‚Senior-Lehrkraft‘ einen tollen neuen Namen dafür gefunden.

Ähnliches gilt für das Programm zur Unterrichtserfassung. Ein neuer Name und eine etwas angepasste Eingabemaske ändern noch gar nichts an der Situation. Die zentrale Frage, wie Unterrichtsausfall definiert wird, beantwortet die Ministerin nicht. Die entscheidenden Punkte nach Bewertung von fachfremden Unterricht und dem sogenannten eigenverantwortlichen Lernen wird von der Ministerin überhaupt nicht diskutiert. Anscheinend fehlen ihr hier die Worte.

Schule ist immer noch ein Lernort und keine Hort der Aufbewahrung. Die Kinder haben ein Recht auf Bildung. Die Lehrkräfte haben ein Recht auf angemessene Rahmenbedingungen, um ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag nachzukommen. Die jetzige Regierung hat keine Antworten und wofür lässt sie sich jetzt feiern?“